

## Deutschland.

□ **Berlin**, 28. Februar. Fast täglich gehen seit dem Schlusse des Landtages dem Staatsministerium seitens der konservativen Bevölkerung des Landes Adressen zu, in welchem dem Gefühle höchster Anerkennung und Befriedigung betreffs jener Maßnahme Ausdruck gegeben wird. Alle diese Zuschriften weisen mit Entschiedenheit darauf hin, wie sehr die Staatsregierung dem Wunsche aller Vaterlandsfreunde dadurch entgegengekommen ist, daß sie alle weiteren Verhandlungen mit einer Mehrheit abgebrochen, deren Treiben nur verwirrend, aufregend und für den Frieden des Landes bedrohlich wirken konnte. Die konservative Partei aller Orten fühlt sich durch jenen Akt des königlichen Regiments wesentlich ermutigt und ihr Vertrauen auf die Weisheit und Kraft desselben neu gestärkt. Die jüngsten der in Rede stehenden Adressen sind von dem konservativen Vereine zu Greifswald und von dem patriotischen Vereine in Elbing ausgegangen. — In Betreff des Landtagschlusses möchte ich noch bemerken, daß ein darauf bezüglicher Artikel der heutigen „Provinzial-Korrespondenz“ — „Die Ueberraschung“ — ja nicht etwa so zu verstehen ist, als habe es im Rathe der Krone von vorne herein festgestanden, daß der Landtag unmittelbar nach der Debatte über die Reichensperger'sche Adresse unter allen Umständen geschlossen und nur die Ankündigung der Schließung davon abhängig gemacht werden sollte, ob jene Debatte schon am Donnerstage, oder erst am Freitage zu Ende käme. Die Sache ist vielmehr die, daß nach reiflicher erwogenem Entschlusse Sr. Maj. — diese reifliche Erwägung ist es vor Allem, was jener Artikel konstatieren will, — das Ministerium Vollmacht hatte, den Landtag in dem angemessenen scheinenden Momente zu schließen, — mit der einzigen Einschränkung, daß die Beendigung der Adressdebatte vorher abzuwarten sei, ohne daß selbstredend das Staatsministerium dadurch verhindert war, je nach dem Charakter und dem Ausfalle jener Debatte den Allerhöchsten Beschluß auch erst später zur Ausführung zu bringen. — Das Zeitungsgericht, daß seitens der Regierung Veranstaltungen behufs Verlaufs der Saarbrücker Kohlenwerke getroffen seien, ist grundlos. — Demokratische Blätter schreiben es eines dem andern nach: „das Oxydations-Material liege in den Ministerialbüreau's bergehoch aufgeschichtet.“ Es beruht das offenbar auf einer optischen Täuschung, wie sie bei ungesunden Augen vorkommt. Was die Herren für Berge halten, sind nur Massen des blauen Dunstes, den sie sich selber und ihren Gläubigen tagtäglich vormachen. — Der Altonaer Magistrat hat sich bekanntlich geweigert, den Redakteur May der Forderung des Kammergerichts gemäß behufs seiner persönlichen Stellung vor Gericht auszuliefern, weil May holsteinischer Bürger sei. Dies Verfahren widerspricht den bestehenden Verträgen. In dem Bundesbeschlusse von 1854, betreffend die Auslieferung von Verurtheilten und Angeklagten innerhalb des Bundesgebietes, ist ausdrücklich darauf hingewiesen, daß auch der Bundesbeschlusse von 1836, der sich speziell auf politische Verbrecher bezieht, noch in Kraft sei. Jener Beschluß von 1854 ist im Februar 1855 in Holstein und Lauenburg als Gesetz publiziert worden. Zurecht kann also kein Zweifel bestehen, daß May auf Requisition eines preussischen Gerichtes ausgeliefert werden mußte. Wenn man daher, um die mit Bestimmtheit vorauszu-  
setzende Forderung der Auslieferung zu umgehen, Herrn May zum holsteinischen Bürger machte und der österreichische Statthalter als oberste Behörde dies anerkennt, so liegt darin eine Provokation gegen Preußen und eine Verletzung der Vertragspflichten, welche das Bundesrecht den Gliedern des deutschen Bundes gleichmäßig auferlegt. Die Frage wird dadurch vom juristischen auf das politische Gebiet verjezt.

— Sr. Majestät der König machte am Dienstag Nachmittag eine Spazierfahrt durch den Thiergarten. Am Hippodrom, dem sogenannten Knie, stürzte in Folge einer kurzen Biegung auf dem Doppelgeleise der Pferdebahn ein Pferd und zerbrach im Falle die Deichsel. Der König stieg aus, ging nach Charlottenburg und kehrte in einem Wagen Ihrer Majestät der Königin Elisabeth von dort nach Berlin zurück. Abends erschien der königliche Hof in der Oper.

□ **Berlin**, 28. Februar. Sr. K. H. der Kronprinz begab sich gestern Vormittag 11 Uhr in das Handels-Ministerium und präsidirte daselbst einer Sitzung des Comité's für die Pariser Weltausstellung von 1867.

— Der Gouverneur von Schleswig, General-Lieutenant Frhr. von Manteuffel, ist von Schleswig hier angekommen und hat in Wittich Hotel Wohnung genommen.

— Der General-Lieutenant und 2. General-Inspekteur der Festungen, v. Waffersleben, welcher sich in dienstlichen Angelegenheiten nach den Elberzgerthümern begeben hatte, ist von da wieder hierher zurückgekehrt.

— Heute Mittag 12 Uhr trat der Kabinetts-Rath vor Sr. Maj. dem Könige im königlichen Palais zusammen. — Es wohnten demselben auch Sr. K. H. der Kronprinz und der Gouverneur von Schleswig, General v. Manteuffel, bei.

— Der königliche Geschäftsträger in Santiago hat unterm 30. Dezember v. J. die Anzeige erstattet, daß nach einer Mittheilung des interimistischen Befehlshabers des spanischen Geschwaders im Stillen Meere die Blotabe für jetzt auf die Häfen von Valparaiso und Caldera beschränkt ist.

— Der „Königlichen Zeitung“ zufolge will der National-Vereins-Ausschuß an einem der nächsten Tage in Frankfurt a. M. eine Sitzung halten. Sehr zeitgemäß, das Schwadronieren!

— Das Ministerium des Innern erläßt die folgende Bekanntmachung: Nachdem gegen die in Wien erscheinende Zeitung „Die Neue freie Presse“ auf Grund des §. 50 des Pressgesetzes

vom 12. Mai 1851 zahlreiche rechtskräftige auf Vernichtung lautende Erkenntnisse ergangen sind, wird auf Grund des §. 52 des-  
selben Gesetzes die fernere Verbreitung derselben im preussischen Staate, unter Hinweisung auf die im §. 53 ebendasselbst angedrohten Strafen, hiermit verboten.

— Die heutige „Prov.-Korr.“ schreibt: Die Ueberraschung, welche der unerwartete Landtagschluß hervorgerufen hat, läßt die Zeitungen nach allerlei wunderlichen Erklärungen für den Entschluß der Regierung suchen. Bald soll eine bedenkliche Aeußerung der Köln-Mindener Eisenbahn-Verwaltung, bald die Nachricht von der Absetzung des Fürsten Rusa in den Donau-Fürstenthümern der Grund der raschen Entscheidung gewesen sein; doch hat jene Verwaltung gar keine Erklärung abgegeben, die Nachricht von Rusa aber ist 24 Stunden später hier eingetroffen, als der Schluß der Session schon verkündet war.

Die Entschließung der Regierung ist jedoch überhaupt nicht so plötzlich gefaßt worden, wie sie überraschend verkündet wurde. Dieselbe war bereits mehrere Tage zuvor nach sorgfältiger Erwägung im Ministerrath und im Konseil des Königs, und zwar lediglich aus den in der Schlussrede angeführten Gründen festgestellt; nur das konnte mit Rücksicht auf den etwaigen Verlauf der Adressverhandlungen und deren mögliche Hinausschiebung auf Freitag zweifelhaft sein, ob der gefaßte Beschluß schon am Donnerstag oder erst am Freitag anzukündigen sein würde. Für den einen wie für den andern Fall waren die Bestimmungen im Voraus getroffen. Die Beschlüsse selbst und die Art und Weise, wie sie ausgeführt werden, geben Zeugniß dafür, daß Alles sorgfältig überlegt und vorbedacht war.

— Nach der „Provinzial-Korrespondenz“ widmet die preussische Regierung der Donau-Fürstenthümer-Frage von vornherein die lebhafteste Theilnahme vom Standpunkte der deutschen wie der europäischen Interessen. Sie hält es für wahrscheinlich, daß eine Konferenz der Großmächte deshalb zusammentreten wird.

— Der Humberg der festlichen Begrüßung beiseitigender Abgeordneten wiederholt sich auch nach dieser Landtagsession. Von dem Kölner Abgeordnetenest wurde gestern berichtet. Jetzt hört man auch von dergleichen Festlichkeiten aus Erfurt, Halberstadt und Thorm. In letzterer Stadt legte sich indessen die städtische Polizei in's Mittel und verbot den Tackelzug, den man Herrn G. Weese bringen wollte.

— Wie der „G. A.“ meldet, ist am Sonntage die königliche Genehmigung zur Errichtung der neuen Zettelbank zu Görlitz telegraphisch von Berlin angezeigt worden.

□ **Waldenburg i. Schl.**, 25. Februar. Wie das hiesige „Wochenblatt“ erfährt, wird der Abg. Schulze-Delisch demnächst hier vor Gericht erscheinen. Gegenstand der wider ihn erhobenen Anklage soll die von ihm im vorigen Sommer im nahen Fürstenthum gehaltene Rede sein.

□ **Aus Solstein**, 26. Februar. Die Augustenburger Monstre-Adresse ist nun in Bewegung gesetzt und harrt ihrer 60,000 Unterschriften. Wir hoffen, daß diesmal wenigstens nicht die Schullehrer zur Kolportierung derselben benutzt werden, wie es bei der früheren auf Veranlassung mehrerer Geistlichen geschah. — Zur Beurtheilung des Adressenwesens ist es vielleicht auch für weitere Kreise von Interesse, zu resumieren, wer nach der hier bestehenden Verfassung politische Rechte ausübt. Zunächst ist hierzu erforderlich das Indigenat oder zehnjähriger ununterbrochener Aufenthalt im Lande. Ferner die hauptsächlichsten Punkte: Unbescholtenheit, freie Dispositionsbefugniß, ununterbrochener Aufenthalt während der letzten zwei Jahre vor der Wahl innerhalb des Wahlbezirktes. Pefuniar für die großen Gutsbesitzer: eigenthümlicher oder fideikommissarischer Besitz eines adeligen Gutes oder eines ländlichen Grundstückes von wenigstens 50,000 Thlr. R. M. Steuerwerth. (1 Thlr. R. M. gleich 22½ Sgr.) Für die Bewohner der Städte: eigenthümlicher Besitz eines wenigstens zu 800 Thlr. R. M. versicherten Grundstückes und für die Bewohner der ländlichen Wahlbezirke eigenthümlicher oder auf Erbpacht beruhender Besitz eines auf 800 Thlr. R. M. zur Landsteuer taxirten Grundstückes. Die Abgeordneten der Ritterschaft bedürfen nur der im Eingange erwähnten Qualifikation und keines Nachweises des Grundbesitzes. Nach dieser skizzirten Darstellung ist noch zu bemerken, daß in der Ständeverammlung der Besitzer der Hessestein'schen Fideikommissgüter (Landgraf Wilhelm von Hessen) eine Birritimme, die Geistlichkeit 5, Prälaten und Ritterschaft 4, die größeren Grundbesitzer 9, die ländlichen Wahlbezirke 16, die Einwohner der Städte und Flecken 19 und die Kieler Universität 1 Deputirten stellt. Alles Uebrige ist, was man in England in politischer Hinsicht als mob bezeichnet.

□ **Frankfurt a. M.**, 25. Februar. Ronges Auslieferung an die hessen-darmstädtischen Gerichte, die in Folge der Verurtheilung durch letztere verlangt worden ist, wird nach einer Mittheilung der „Augsb. Allg. Ztg.“ von dem hiesigen Senate voraussichtlich nicht gewährt werden. Dagegen werde der Senat wiederum Hesse-Darmstadt nicht dadurch verlegen, daß er dem eingebrachten Gesuch Ronges um Aufnahme in den Frankfurter Staatsverband stattgebe.

□ **Karlsruhe**, 26. Februar. In der Zweiten Kammer begründete heute der demokratische Abgeordnete Eckhard seinen Antrag auf Einführung der obligatorischen Civilehe. Abg. Prestinari trat ihm zuerst entgegen, indem er besonders auf die durch den Antrag neu bedrohte und doch so nothwendige Einigung zwischen dem Staate und der katholischen Kirche hinwies. Den letzten Redner unterstützten ferner die Abgg. Haager und Noßhirt. Hingewiesen wurde der Staatsminister Dr. Stabel aus, daß die obligatorische Civilehe schon vorhanden sei, wenn auch nur „in verhüllter Form“. Bezüglich der Führung der bürgerlichen Standes-

bücher wolle er die Geistlichen, um stets sich erneuernde Konflikte zu vermeiden, an den Bibelspruch: „Niemand kann zweien Herren dienen“, erinnern. Der Abg. Frh. v. Roggenbach steht in den von der Regierung bisher getroffenen Anordnungen das allein Richtige, in der obligatorischen Civilehe aber durchaus keine feindselige Maßregel gegen die Kirche. Staatsrath Dr. Lamey erklärt unter Bezug auf die in der Debatte gehörten verschiedenen Benennungen der Ehe, daß der Staat nur Eine Ehe kenne. Der Antrag wird schließlich an die Abtheilungen verwiesen.

□ **Wien**, 26. Februar. Heute Mittag hat die Ueberreichung der ungarischen Landtags-Adresse an Sr. Maj. den Kaiser stattgefunden, selbstverständlich durch zwei gesonderte Deputationen, die der Deputirten- und die der Magnatentafel, welche nicht gleichzeitig, sondern eine nach der andern empfangen wurden. Die Deputation des Unterhauses bestand aus dessen Vorstehern und 36 durch das Loos bestimmten Abgeordneten; sie sollte, wie der Telegraph meldet, zuerst empfangen werden. Man vernimmt heute, daß der Kaiser und die Kaiserin ihren Aufenthalt in Ofen bis zum 3. März zu verlängern gedenken. Ist dies der Fall, so wird wahrscheinlich die königliche Antwort auf die Adresse noch in Ofen verfaßt und auch dort zuerst publiziert werden. Wenn die Sprache der offiziellen Organe einen Rückschluß auf den Inhalt des Restriktives gestattet, so wird die Haltung desselben wesentlich eine zuwartende sein. Da die Antwort zugleich in gewinnender Form abgegeben werden dürfte, so kann der Kern des an maßgebender Stelle über die Adresse gefällten Urtheils vielleicht in den Gedanken eingekleidet werden, daß damit wohl nichts verloren, aber auch nichts gewonnen sei. Die Magyaren freilich glauben, daß sie allermindestens eine rettende That vollbracht hätten, und die Ueberschwinglichkeit des Lobes, das die Adresse in ungarischen oder ungarisch gefärbten Blättern findet, ist geradezu komisch. So sagte der „Wanderer“ gestern, was den praktischen Erfolg der zehntägigen Adressdebatte betreffe, so verdiene jede Minute derselben mit Gold aufgewogen zu werden. In dem Artikel der Selbstberäucherung vertheilen die Magyaren Einiges zu leisten, das muß ihnen der Neid lassen. — Man hat es hier und da als einen Beweis des geringeren Wohlwollens der Regierung für die deutschen Provinzen des Reiches bezeichnen wollen, daß die Landtage derselben früher als die von Böhmen und Galizien geschlossen wurden. Dagegen muß doch bemerkt werden, daß der Prager Landtag auch unter Schmerling länger tagte als die anderen und daß dem galizischen, der wegen der Revolution in Rußisch-Polen seine Sitzungen unterbrechen mußte, sehr viel Material zur Arbeit vorliegt. Uebrigens ist es erfahrungsmäßig in Oesterreich und zugleich ganz natürlich, daß ein Landtag um so früher seine Aufgabe bewältigen wird, je kleiner das Land, also der Kreis der Interessen ist, die er vert.itt. So dürfen wir uns denn ohne Zweifel auch auf eine recht lange Dauer des ungarischen Landtages gefaßt machen. Zweijährige Sessionen sind dort keine Seltenheit! Und so hat es jetzt die Oester Deputirtenstafel mit dreißig Sitzungen gerade bis zum Beschluß einer Adresse auf die Thronrede gebracht, während der niederösterreichische Landtag in Allem und Jedem nur vierzig Sitzungen abgehalten hat. Die Länge der Sitzungsperioden ist es nicht, an welcher die Deutsch-Oesterreicher das Wohlwollen der leitenden Staatsmänner abzumessen haben. Es wird hauptsächlich darauf ankommen, welchen Einfluß man den deutsch-slavischen Königreichen und Ländern auf die Beurtheilung der ungarischen Ausgleichungs-Vorschläge seiner Zeit wird gestatten wollen.

## Ausland.

□ **Paris**, 26. Februar. Heute hat die Diskussion der Antwort-Adresse auf die Thronrede im corps législatif (Zweite Kammer) begonnen. Wie lange die Debatten dauern werden, ist bei den zahlreichen Amendements gar nicht abzusehen; Paris ist aber sehr glücklich, daß es sich mal wieder einiger parlamentarischer Emotionen erfreuen kann. In Wirklichkeit hat die Majorität doch den größten Anhang, d. h. die Regierung; aber die Partei der 38, welche sich von der Majorität doch nur durch einen etwas liberaleren Anstrich unterscheidet, hat im Publikum unstreitig an Boden gewonnen, während die Opposition, so schwach sie ist, hier wie überall durch ihre Nüchternheit und eine fast insolente Redefertigkeit über ihre Schwäche zu täuschen versteht. Die Opposition im corps législatif besteht übrigens auch aus zwei verschiedenen Gruppen; die eine heißt „die Gruppe um Herrn Thiers“, die andere „die Gruppe um die drei, welche von den fünf übrig geblieben sind“, d. h. von den fünf, welche in früheren Sitzungen allein die Opposition bildeten. Jedermann weiß, daß der Entwurf mit geringen Modifikationen vielleicht angenommen werden wird; es ist also nichts weiter als prächtiges parlamentarisches Carousselreiten, was heute begonnen hat. Aber an solchen Dingen hat der Franzose seine ganz besondere Freude und Louis Napoleon gönnt ihm das gern. Das Schauspiel eröffnete heute Herr Thiers; er sprach, nachdem er die Verechtigung der napoleonischen Dynastie mit einiger Feierlichkeit anerkannt hatte, nicht weniger als vier Stunden lang von allen möglichen Dingen und noch einigen andern mehr. Aber es läßt sich nicht längnen, daß der alte Held der Tribune gut und gewandt seine Waffen führte, so gut, daß er oftmals lauten Beifall erntete. Gewiß hat Thiers seinem alten Ruhm als politischer Redner einen neuen Kranz gewonnen und er wird mit seinem Erfolge zufrieden sein; denn das wird er nicht glauben, daß die Majorität befehren, oder doch mit sich fortziehen werde. Freilich haben das seine Freunde versichert, aber der kleine alte fluge Herr hat sicher darüber gelacht. Gegen die innere Politik waren seine Angriffe sehr vorsichtig gehalten, sehr maßvoll, über die äußere Politik dagegen ließ er sich schärfer aus, und in manchen Punkten, z. B. über Mexiko, sprach er ganz entschieden die Ansicht aus, welche die herrschende in Frankreich ist. Da Thiers, wie



